

14. ZWEITWÄHRUNG FÜR DIE ALTERSVORSORGE

Heute Geld geben, morgen Geld nehmen - so funktioniert unsere Rentenversicherung. Jetzt ist es Zeit, ihr eine weitere Säule hinzuzufügen - und zwar mit Zeit als Währung.

Der Kaiser blieb an diesem Tag wegen Unwohlseins zu Hause. Aber seine Botschaft an den Reichstag, von Kanzler Otto von Bismarck am späten Mittag des 17. November 1881 im Weißen Saal des königlichen Schlosses in Berlin verlesen, wurde zum Geburtsdokument des deutschen Sozialstaates. Im Zuge der stürmischen Industrialisierung war die Not der Arbeiter immer größer geworden - und mit ihr die Unruhe im Reich. Wilhelm I. hatte schon früher die Überzeugung gewonnen, »dass die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde.«

Dass er die Einführung einer Unfallversicherung und einer Krankenversicherung ankündigen ließ, war keine Überraschung mehr. Doch Bismarck fuhr fort: »Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können.« Zwei Jahre später war es so weit: Erstmals hatten Arbeiter in Deutschland Anspruch auf eine Rente, wenn sie einen Betriebsunfall erlitten oder wenn sie aus Altersgründen nicht mehr arbeiten konnten.

Die Leistungen der Rentenversicherung waren nicht berauschend. Ausgezahlt wurden etwa 18 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohnes aller Arbeitnehmer; und die Altersrente gab es erst vom 70. Lebensjahr an, was die wenigsten erreichten, denn die Lebenserwartung eines Neugeborenen lag damals unter 50 Jahren. Aber ein Anfang war gemacht, und daraus entwickelte sich ein System der sozialen Sicherung, dessen Grundzüge noch heute gelten.

Damals war es die Industrialisierung, die eine grundlegende Reform der Gesellschaft erzwang. Die vielen Menschen in den Fabrikhallen brauchten dringend Schutz vor den elementaren Risiken, die ein abhängig Beschäftigter niemals allein tragen konnte. Dazu gehörten auch die Arbeitsunfälle, die in den damaligen Fabriken keine Seltenheit waren und viele Menschen zu Krüppeln machten. Mit der solidarischen Sozialversicherung gelang es dem Reichskanzler Bismarck, der Gesellschaft in einer Zeit des Umbruchs Stabilität zu geben. Wesentlich trug dazu die Rentenversicherung mit ihrem Vertrag zwischen den Generationen bei: Die eine Generation zahlt für den Lebensabend der vorangegangenen und wird ihrerseits von der nachfolgenden Generation versorgt.

Jetzt beginnt wieder ein tiefgreifender Umbruch, und diesmal ist er demografisch bedingt. Die Lebenserwartung nimmt enorm zu, sodass die Menschen sehr viel länger Rentenzahlungen beziehen. Ein 14-Jähriger von 1881 konnte noch mit 43 weiteren Lebensjahren rechnen, sodass die meisten Menschen von der Rente ab 70 nichts hatten. Zu Adenauers Zeiten, als das Rentensystem gründlich reformiert wurde, konnte ein 65-jähriger Mann mit etwa zwölf Rentnerjahren rechnen, mittlerweile sind es über 17 und für Frauen fast 21 Jahre.

Es müssen also sehr viel mehr Mittel aufgebracht werden, um die künftigen Renten zu finanzieren. Aber zugleich werden die aktiven Jahrgänge, die sie erwirtschaften müssen, immer schwächer. Das Rentensystem muss deshalb finanziell auf eine breitere Basis gestellt werden (siehe nächstes Kapitel-15), wenn nicht Altersarmut zu einer Massenerscheinung werden soll. Aber der Generationenvertrag der Zukunft sollte sich nicht nur auf die Dimension des Geldes beschränken. **Es gibt noch eine andere Ressource, die sich zum solidarischen Ausgleich zwischen Jung, Alt und ganz Alt eignet, und das ist die Zeit.**

Davon haben zum Beispiel Arbeitslose reichlich, und Zeit ist auch gerade bei jenen Menschen nicht knapp, die aus Altersgründen aus dem Job ausscheiden. Die meisten von ihnen haben dann noch Jahre oder Jahrzehnte körperlicher und geistiger Fitness vor sich.

Einen Teil dieser Zeit sollten sie dafür einsetzen, sich anderen Menschen nützlich zu machen. Im Gegenzug können sie später ihrerseits die Hilfsdienste anderer in Anspruch nehmen, wenn sie selbst einmal nicht mehr so zurechtkommen. Die Zeit als zweite Währung - das könnte ein Konzept sein, um der sozialen Sicherheit ganz neue Spielräume zu eröffnen.

Es gibt bereits örtliche Initiativen, die in diese Richtung zeigen, zum Beispiel in München. »Ich bin Übersetzer und Autor und unterstütze Sie beim Verfassen von Ämterpost, egal ob Sie sich wegen Antriebslosigkeit durch Depression oder da Ihnen das Textverfassen generell nicht liegt oder da Sie geringe Deutschkenntnisse haben, zur Erledigung Ihrer Ämterpost nicht aufrufen können.« Ein anderes Angebot lautet: »Gemeinsame Entdeckungen: Beim Wandern entdecken wir Wildpflanzen, erzählen darüber Geschichten, und wenn wir Lust und Zeit haben, machen wir daraus eine Suppe oder einen Tee.« Insgesamt sind es etwa fünf Dutzend Inserate in der Vereinspostille Marktzeitung, und die Rubriken reichen von Besuchs- und Begleitdiensten über Büroarbeiten, Computerfragen sowie Fahren und Transportieren bis hin zu Haushaltsarbeit, Nachhilfe, Tierbetreuung oder Vorlesen.

Es ist kein gewöhnlicher Verein, der die Zeitung herausgibt. Und die Inserenten sind nicht darauf aus, ein paar Euros dazuzuverdienen. Dem **Verein »ZeitBank«** und seinen Mitgliedern geht es vielmehr darum, sich gegenseitig mit allerlei kleinen Diensten das Leben zu erleichtern. Ob es sich um Hilfe im Pflegebereich oder im Haushalt handelt, um Französischunterricht oder einfach das Gespräch - Mitbegründerin loyce Mayer ist davon überzeugt: »Jeder hat etwas zu bieten.«

Als sie die ZeitBank im Jahre 2006 mit Gleichgesinnten ins Leben rief, hatten sie vor allem ein erfolgreiches Vorbild aus Japan vor Augen. Herausgekommen ist ein soziales Netzwerk, das sich in einem Punkt von klassischen Tauschbörsen unterscheidet: Man kann ein Zeitguthaben ansparen. Wie beim Online-Giro der Sparkasse, so **führt man sein Konto bei der ZeitBank: Für geleistete Arbeit werden die Zeiteinheiten gutgeschrieben; hat man die Zeit anderer in Anspruch genommen, »überweist« man die entsprechenden Einheiten an den Partner.**

So kann der eben pensionierte Lehrer Nachhilfestunden geben und diese Zeiteinheiten ansparen für später, wenn er Hilfe im Garten benötigt. Heute erledigt er der gehbehinderten alten Dame die Einkäufe im Supermarkt und irgendwann geht ihm dafür jemand im Haushalt zur Hand. Der Verein stellt die Plattform im Internet zur Verfügung, auf der die Angebote und Nachfragen annonciert und die Zeiteinheiten abgerechnet werden.

Bisher ist das Netzwerk noch in der Test- und Aufbauphase. ZeitBank hatte im Frühjahr 2010 etwa 70 registrierte Nutzer, aber **erst ab 1000, schätzen die Initiatoren, hätte das System eine wirklich funktionsfähige Basis.** Allgemeine Werbung für die Idee, ein gezielter Ausbau des Leistungsangebots und Versuche, die Zeitguthaben durch Garantien abzusichern, sollen für mehr Zulauf sorgen. Zugleich gibt es Bemühungen, **ein übergreifendes Netzwerk zu schaffen: Eine Frau, die in München durch Besuchs- und Begleitdienste ein Zeitguthaben erwirbt, könnte es zum Beispiel nach Aurich überweisen, wo ihr betagter Vater dafür Hilfe bei der Wäsche einlöst.**

Auch wenn sich Modelle wie ZeitBank und anderer Initiativen in Deutschland erst langsam entwickeln, weist ihr Ansatz doch in die Zukunft: Es gibt viele Menschen, die viel Geld und wenig Zeit haben; es gibt aber auch sehr viele Menschen, die wenig Geld, aber viel Zeit haben. Das gilt für die Arbeitslosen, die keinen Erwerbsjob mehr finden, das gilt für die Rentnerinnen und Rentner, die nach der Berufsphase so fit sind und noch so lange leben wie keine Generation zuvor. Deshalb liegt es nahe, für die Solidarbeiträge zur sozialen Versorgung der Gesellschaft die zusätzliche Währung Zeit einzuführen. So wie es bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts selbstverständlich war, Zeit einzusetzen für soziale Hilfsdienste im Haushalt und in der Nachbarschaft, so muss es auch jetzt wieder üblich werden, im Wochenplan einige Stunden für gute Dienste an den Mitmenschen zu reservieren. So wie Initiativen wie ZeitBank oder verschiedene Seniorengenossenschaften das bereits praktizieren, wäre der Zeiteinsatz zu erfassen und in einer späteren Lebens-

phase als Gutschrift zu verbrauchen, wenn man selber Hilfe braucht.

Zeit als Zweitwährung für das Solidarsystem ist natürlich kein Patentrezept, das alle Fragen zur Zukunft des Sozialstaates beantwortet. Aber so können doch gravierende Probleme entschärft werden. Viele Menschen, die heute beispielsweise als Alleinerziehende nur Teilzeit oder gar nicht arbeiten können, die Billigjobs oder gar keinen Arbeitsplatz haben, werden im Alter voraussichtlich arm sein. Ihre Rentenansprüche aus der gesetzlichen, aus der betrieblichen und aus der privaten Altersvorsorge werden oft nicht reichen, um alles zu finanzieren, was insbesondere in der letzten Lebensphase an Kosten anfallen kann. Wer dann aber auf ein Zeitbudget für Hilfsdienste zurückgreifen kann, das er selbst angespart hat, der kann sich mit dieser Art Rente in der »Währung Zeit« vieles leisten, was er in Euro niemals bezahlen könnte - und was auch der Staat künftig nicht mehr wird bereitstellen können.

Allerdings braucht diese neue Säule der Altersvorsorge glaubwürdige Garantien. Nur dann findet ein solches System breite Akzeptanz. Es muss für jedermann absolut sicher sein, dass das Zeitguthaben nicht irgendwie verloren geht, bis man es später einmal in Anspruch nehmen will. Es muss über Jahrzehnte Bestand haben - wie bei der gesetzlichen Rentenversicherung auf Geldbasis.

Nun gibt es bisher keine Blaupause dafür, wie der Zeiteinsatz als Sozialbeitrag am besten zu organisieren wäre. Aber wir können uns vorstellen, dass die großen Wohlfahrtsverbände, vor allem die Caritas und das Diakonische Werk, diese neue Aufgabe übernehmen. Als die mit Abstand größten Sozialunternehmen sind sie fast überall in Deutschland tätig, und sie betreiben vielfach die professionellen Hilfsdienste, mit denen die ehrenamtlichen Leistungen zu koordinieren wären. Die katholische Caritas zählt über 520.000 hauptamtlich Beschäftigte in 25.000 Einrichtungen. Hinzu kommen etwa 500.000 Ehrenamtliche und Freiwillige. Ähnlich bei der Parallelorganisation der evangelischen Kirche, der Diakonie. Unter ihrem Dach sind 27.000 rechtlich selbstständige Organisationen vereinigt, die 80 Fachverbände und 20 Landesverbände bilden. Zusammen beschäftigen sie 450:000 angestellte und 470.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Diakonie betreibt Großunternehmen wie die Alsterdorfer Anstalten in Hamburg oder die Bodelschwingschen Anstalten in Bethel bei Bielefeld, unterhält Krankenhäuser und Kindergärten, macht Jugendsozialarbeit, betreut Alte, Behinderte, Flüchtlinge und vieles mehr. Es handelt sich um eine höchst komplexe, dezentrale Struktur mit viel Erfahrung bei der Koordination von freiwilligen und professionellen Diensten, mit großem Know-how bei der sozialwirtschaftlichen Unternehmensführung und mit enger lokaler Bindung - lauter hervorragende Voraussetzungen, um bei der Einführung von Zeit als neuer Währung sozialer Sicherheit und als Garant dieser Währung eine zentrale Rolle zu übernehmen. Aber auch die Kommunen könnten als Clearing- und Verrechnungsstelle fungieren, die die Zeitbeiträge sachlich anerkennt und erfasst und die daraus resultierenden Ansprüche sichert.

In ein System der Selbsthilfe auf Gegenseitigkeit über die Generationen hinweg kann jeder seine Zeit »einzahlen« und später wieder in Anspruch nehmen. **So entstünde eine vierte Säule der Altersversorgung, die aus angesparter Sozialzeit besteht.** So könnte die soziale Sicherheit ganz unabhängig von Einkommen, Geld und Markt verbessert werden.

Der Aufbau eines solchen Systems ist zuallererst eine Managementaufgabe, denn der dispositive Faktor ist besonders gefragt, wenn etwas Neues entwickelt und etabliert werden soll. Dafür braucht man gut bezahlte Spitzenkräfte, und wir sind davon überzeugt, dass man sie auch gewinnen kann in einer Zeit, da gesellschaftliche Fragen und soziale Verantwortung glücklicherweise wieder deutlich an Stellenwert gewonnen haben. Diakonie und Caritas sollen nach unserer Vorstellung nicht alles selber machen. Wir wollen kein Oligopol der Sozialwirtschaft, sondern ein buntes Feld aus den verschiedensten Projekten, Initiativen und Vereinen. Aber sie bedürfen der Koordination und, was die Zeiterfassung betrifft, einer anerkannten beständigen Institution. In diesem Sinne könnten die Sozialwerke der beiden großen Kirchen so etwas wie das Backoffice einer Bürgergesellschaft bilden, in der Menschen einander helfen und das als Vorteil erkennen,

zumal sie dabei selbst Hilfsansprüche erwerben. Wir sind heute in der glücklichen Lage, dass wir mit vielen gesunden und aktiven Jahren rechnen können, nachdem die Erwerbsarbeit zu Ende gegangen ist. Einen Teil des gewonnenen Freiraumes für soziale Arbeit einzusetzen, ist da nur solidarisch. Als Manager seiner eigenen Talente und Herr seiner Zeit sollte jeder von uns im sogenannten Ruhestand einige Zeit für andere Menschen einsetzen, die Hilfe brauchen.

Damit meinen wir zunächst soziale Dienste im eigenen Stadtviertel oder darüber hinaus: Das könnte die Einkaufshilfe für die Nachbarin sein, die ihre Wohnung nicht mehr verlassen kann, der Besuchsdienst für Alte ohne Angehörige, die Gartenarbeit, die man jemandem abnimmt, der sie nicht mehr leisten kann. Einer fährt regelmäßig die Frau in den Park, die im Rollstuhl sitzt; ein anderer gründet einen Schachkreis im Seniorenheim, ein Dritter tritt einer alleinerziehenden Mutter als Ersatzopa für das Kind zur Seite oder stellt sich der Schule nebenan als Mentor für junge Menschen zur Verfügung, die Zuwendung, Betreuung und Orientierung gut gebrauchen können.

Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt, wenn es darum geht, geeignete Betätigungsmöglichkeiten ausfindig zu machen. Der pensionierte Lehrer betreut Schüler bei den Hausaufgaben, sei es in der Schule oder in einem Hausaufgabenhilfekreis in der Nachbarschaft. Die ehemalige Theaterfrau bietet eine Laienspielgruppe für Jugendliche an; der Wissenschaftler im Ruhestand hält Vorträge in der Altentagesstätte. Der pensionierte Bauingenieur steht einem Schulleiter zur Seite, wenn es um die Sanierung der Unterrichtsräume geht. Ein ehemaliger kaufmännischer Angestellter hilft bei einer kommunalen Einrichtung als Buchhalter. Jeder kann etwas tun, ob es nun aus dem beruflichen Hintergrund oder aus einem Hobby entspringt, ob es sich aus den Notwendigkeiten ergibt, die man bei aufmerksamem Blick auf die Nachbarschaft erkennt, oder ob man bei Vermittlungsstellen nachfragt, die sich zur Aufgabe gemacht haben, engagierte Freiwillige und sinnvolle Einsatzmöglichkeiten zusammenzubringen.

Der Einsatz von Sozialzeit in den rüstigen Jahren des Ruhestandes könnte auch im Rahmen von Senioren-Sozialjahren geschehen, die von Trägern der Sozialarbeit zu organisieren wären. Das Engagement könnte - beispielsweise - in der Größenordnung von zwölf bis 15 Wochenstunden liegen. Es sollte mit einer Aufwandsentschädigung verbunden sein, und die Stunden würden jenem Konto gutgeschrieben, auf dem die Zeitanwartschaften gesammelt werden - wie bei der Rentenversicherung die durch Beitragszahlung erworbenen Ansprüche auf finanzielle Altersbezüge.

Als Reichskanzler Bismarck vor 130 Jahren die solidarischen Pflichtversicherungen einführte und damit den Sozialstaat begründete, war das eine Revolution: Menschen, die Hilfe brauchten, waren nicht mehr nur auf die Familie angewiesen und auf die Mildtätigkeit Freiwilliger in der lokalen Gemeinschaft. Das System der Sozialversicherung war die Antwort auf die industrielle Revolution. Sie beendete die Einheit von Leben, Wohnen und Arbeiten, und in der Folge musste die Betreuung von Alten, Kranken, Behinderten ebenfalls industrialisiert werden.

Inzwischen leben wir in einem postindustriellen Zeitalter. Der Arbeitstag hat nicht mehr zwölf oder 14 Stunden, die Arbeitswoche nicht mehr sechs Tage. **Die Menschen haben mehr Zeit zur eigenen Verfügung als jemals zuvor. Das gilt erst recht für die Rentner. Warum sollten sie diese Zeit nicht wenigstens zu einem Teil für andere einsetzen?** Warum sollten sie in dieser Zeit sich nicht um Menschen kümmern, die Unterstützung brauchen - wie sie selbst ein paar Jahre oder gar Jahrzehnte später? So wird die soziale Arbeit wieder ein wenig »entindustrialisiert«; und die Beziehung Kunde - Dienstleister wird wieder überführt in Hilfe von Mensch zu Mensch.

Entsprechend müssen die Strukturen beschaffen sein, in denen Senioren ihre Sozialzeit sinnvoll und zweckmäßig einsetzen. Auch hier sehen wir eine große Aufgabe für Diakonie und Caritas - als dezentral agierende gemeinnützige Konzerne, die die Kraft und die Glaubwürdigkeit hätten, vor Ort soziale Dienste zu organisieren oder zu koordinieren, die bürgerliche Sozialzeit optimal verwenden.

Wir wollen mit diesem Vorschlag kein durchgeplantes und durchgerechnetes Konzept

liefern, aber einen Anstoß. Er bietet eine große Chance, den Folgen des demografischen Wandels an einer empfindlichen Stelle die Schärfe zu nehmen und, mehr noch, einen Wandel zum Besseren zu bewirken. Für die aktiven Senioren liegt die Chance zum einen in einer sinnvollen, mit etwas Glück und Übung sogar erfüllenden Aufgabe, zum anderen in der Sicherheit, völlig unabhängig vom eigenen Geldbeutel später selbst Hilfe zu erhalten. **Für die Gesellschaft liegt die Chance darin, aus einem wichtigen Teil des Sozialsystems das Geld zu verbannen - und damit auch einen Teil der Ungleichheit, die Geld verursacht.**

Das System einer zweiten Rente auf Zeitbasis einzuführen ist eine große Herausforderung. Die Dimension, eine solidarische Versicherung in der Währung Zeit und Zuwendung aufzubauen, ist durchaus vergleichbar mit der Einführung der solidarischen Altersversicherung auf Geldbasis, wie Bismarck es im 19. Jahrhundert tat. Aber es wäre machbar und es würde sich lohnen, denn unsere Gesellschaft gewönne genau da hinzu, wo sonst immer größerer Mangel droht - bei der sozialen Sicherheit und beim Lebenssinn.

(Seite 165)

23. AGENDA FÜR DEN NEUEN PAKT DER GENERATIONEN

Wir werden immer älter, und zugleich werden wir immer weniger. Die demografische Entwicklung hat uns in die Zange genommen, und die Folgen sind, was die Fakten betrifft, für die nächsten Jahrzehnte recht genau berechenbar: In Deutschland leben heute etwa 82 Millionen Menschen, in 50 Jahren wird unser Land noch 65 bis 70 Millionen Einwohner zählen. Heute sind 80 Prozent unter 65 Jahre alt, dann nur noch 60 Prozent. Heute haben wir 545.000 Mitbürgerinnen und Mitbürger jenseits der 90, im Jahre 2060 werden es knapp drei Millionen sein.

Zu viele Wohnungen und zu große Abwassersieie, zu viele Rentner und zu wenig Beitragszahler, zu viele Pflegefälle und zu wenig Pfleger - da braut sich ein Bündel von Problemen zusammen, das keinen Lebensbereich unberührt lassen wird.

Die Fakten sind das eine, das andere ist, wie wir mit ihnen umgehen. Wir können abwarten und nichts tun, bis unsere Wirtschaftsleistung aus Mangel an qualifizierten Fachkräften schrumpft. Wir können mit den Schultern zucken ob der Aussicht, dass immer mehr Menschen im Alter zu verarmen drohen. Oder wir suchen jetzt nach Lösungen, damit der demografische Wandel nicht ins gesellschaftliche Dilemma führt, sondern in eine bessere Zukunft.

Solche Lösungen sind möglich. Es gibt in Deutschland eine Bereitschaft zum gemeinnützigem Engagement, so groß wie nie zuvor. Es gibt in Deutschland unglaublich viele Initiativen und Projekte, die nach Antworten auf die Frage suchen, wie wir künftig in unserer Gesellschaft besser zusammenleben können. In allen Sphären des sozialen und des privaten Zusammenlebens experimentieren beherzte, engagierte Menschen mit dem Ziel eines erfüllteren Miteinanders. Das sind ausgezeichnete Voraussetzungen für das, was vor uns liegt, nämlich der aktive Umbau der Gesellschaft im Zuge des demografischen Wandels. Da wird alles das gebraucht - bürgerschaftliches Engagement in der unmittelbaren Umgebung oder für die große Gemeinschaft, persönlicher Einsatz ohne Entgelt in Euro und Cent, Neugier auf neue Modelle und die Offenheit, sie zu erproben.

Aber mit bürgerschaftlichem Engagement und sozialer Kreativität allein ist es nicht getan. Auch der Staat ist gefordert. Er muss grundlegende Entscheidungen treffen, damit wir den demografischen Wandel bestehen. Es müssen richtungsweisende Entscheidungen sein, und die Richtung heißt: Das Verhältnis der Generationen zueinander muss neu austariert werden, Lasten und Leistungen müssen so verteilt werden, dass auch in der schrumpfenden, alternden Gesellschaft von sozialer Gerechtigkeit gesprochen werden kann. Deutschland braucht eine Agenda, die ein großes Ziel hat - einen neuen Pakt der Generationen.

Der Kern dieses Paktes ist ein neues Verständnis von Leistung und Solidarität im Lichte der steigenden Lebenserwartung. Fortschritte der Zivilisation - vor allem bei der Medizin, der Ernährung und der Art zu arbeiten - haben uns seit Beginn des vorigen Jahrhunderts einen Zugewinn an Lebenszeit um durchschnittlich 30 Prozent eingebracht, und Bevölkerungswissenschaftler rechnen damit, dass diese Entwicklung weitergeht. Aber die Lebensarbeitszeit ist zugleich immer kürzer geworden. Dort liegt der zentrale Ansatzpunkt für den neuen Pakt der Generationen: **Die gewonnenen Jahre können und müssen zu einem Teil gleichsam in die Gesellschaft reinvestiert werden. Und dafür muss in einem großen Umbauprozess der Rahmen geschaffen werden.**

Zunächst gilt es, die Regelaltersgrenze anzuheben und zugleich zu öffnen für jene, die noch länger arbeiten können und wollen. Wer nicht mit 65, sondern mit 67 oder 70 Jahren die Erwerbsarbeit beendet und in den Ruhestand tritt, entlastet die gesetzliche Rentenversicherung. Weitere Entlastung muss sie dadurch erfahren, dass auch auf höhere Einkommen als bisher und vor allem nicht mehr nur auf Löhne und Gehälter Beiträge zu entrichten sind.

Aber der neue Pakt der Generationen soll das Rentensystem nicht nur finanziell stabilisieren, indem einerseits mehr Beitragseinnahmen generiert werden und andererseits die Leistungen später beginnen. Das ist sinnvoll und notwendig, aber **der entscheidende Schritt greift viel weiter. Er zielt auf eine vierte Säule für das System der Altersvorsorge in Deutschland - neben der gesetzlichen Rente, der Betriebsrente und der privaten Vorsorge. Die vierte Säule stockt die Euro-Renten um eine Komponente auf, die bei den Beiträgen und bei den Leistungen nicht in Geld, sondern in Zeit gerechnet wird:** Heute helfe ich bei der Altenbetreuung in meinem Stadtviertel, kümmere mich um benachteiligte Jugendliche, gebe der Migrantin Deutsch-Nachhilfe oder gehe dem Behinderten im Haushalt zur Hand; und später, wenn ich selbst Hilfe gebrauchen kann, tausche ich die Zeit zurück.

Für diese Zusatzrente in der Zeit-Währung muss der Staat den Rahmen schaffen, so wie er unter den Stichworten »Riester« und »Rürup« den Rahmen für die finanzielle Rentenergänzung geschaffen hat. Diesmal geht es darum, eine Ressource organisiert nutzbar zu machen, die in Zukunft nicht knapper, sondern reichlich verfügbar sein wird, nämlich die Zeit. Nach der Berufsphase können wir noch 25 bis 40 Lebensjahre erwarten. In den ersten zehn bis 20 Jahren, so das Konzept, sollten wir mit einem Teil der geschenkten Zeit sozialen Nutzen stiften, und danach kommt die Phase, da wir selbst in Anspruch nehmen, was jüngere Senioren ihrerseits an sozialer Aktivität leisten. Große Sozialorganisationen wie Caritas und Diakonie, aber auch Kommunen sollten die Rolle der Clearingstelle übernehmen: Sie schaffen oder vermitteln die Einsatzmöglichkeiten, erfassen die Zeitgutschriften und garantieren ihren Wert.

Die Einführung eines solchen Vorsorgesystems auf der Basis Zeit ist der Hauptpunkt auf der Agenda für den neuen Pakt der Generationen. Es wäre der wichtigste Schritt, die Folgen des demografischen Wandels so zu gestalten, dass wir alle dabei gewinnen. Denn es entsteht nicht nur neuer Spielraum für soziale Sicherheit, ohne dass zusätzliches Geld fließen muss. Denn es werden neue, zusätzliche Leistungen mobilisiert. Damit entsteht eine neue Dimension der Solidarität. **Es geht um die logische Fortsetzung des bestehenden Sozialvertrages zwischen den Generationen. Erst gibt man, dann nimmt man - aber immer geht es um direkte Hilfe von Mensch zu Mensch, und das ist Gemeinnutz im besten Sinne.**

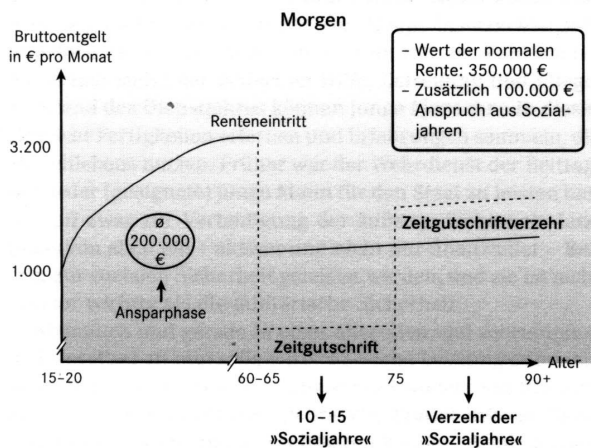
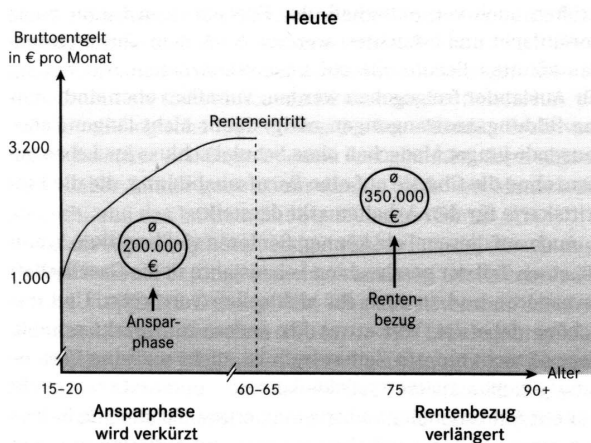
Auf die Agenda gehören einige weitere Punkte, die wir ausgeführt haben. **Für junge Menschen beiderlei Geschlechts sollte eine einjährige Dienstpflicht eingeführt werden.** Idealerweise sollte diese zwischen dem 16. und 22. Lebensjahr geleistet werden. Bestehenden Angebote gemeinnütziger Dienste für junge Menschen, wie das soziale Jahr, das ökologische Jahr sowie verschiedene internationale Einsatzmöglichkeiten, sollten dafür ausgebaut werden. Der Wehrdienst bleibt als eine Wahlmöglichkeit bestehen, soweit die Bundeswehr Verwendung und Stellen dafür hat. Das Haupteinsatzgebiet sollte jedoch die soziale Arbeit sein. Denn mit der Zahl älterer Menschen steigt der Bedarf an Hilfe, Betreuung und Pflege. Während des Dienstjahres können junge

Menschen in dieser Hinsicht Fertigkeiten erlernen und Erfahrungen sammeln, die sie zeitlebens nutzen. Früher war der Wehrdienst der Beitrag, den jeder (geeignete) junge Mann für den Staat zu leisten hatte, und zwar zur Verteidigung der äußeren Sicherheit. Jetzt muss von allen ein - aktiver und nicht nur finanzieller - Beitrag zur sozialen Sicherheit geleistet werden, und sie ist nicht minder wichtig als die militärische Sicherheit.

Aber auch und gerade in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft muss die wirtschaftliche Leistung stimmen, wenn wir unseren Wohlstand bewahren wollen. Künftig wird auf dem Arbeitsmarkt jeder gebraucht. Frauen müssen Beruf und Familie miteinander vereinbaren können, damit sie besser erwerbstätig sein können. Deshalb muss vor allem die öffentliche Kinderbetreuung weiter ausgebaut und zu Konditionen angeboten werden, die - zum Beispiel - auch die alleinerziehende Verkäuferin bezahlen kann. Neben einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen braucht unsere Wirtschaft auch mehr Ausländer. Die Zuwanderung von Fachkräften auch von außerhalb der Europäischen Union muss vereinfacht und erleichtert werden. Nach dem Vorbild Kanadas könnten Berufe, die auf unserem Arbeitsmarkt fehlen, für Ausländer freigegeben werden. Vor allem aber sind enorme Bildungsanstrengungen nötig, damit nicht länger Zehntausende junger Menschen ohne Schulabschluss ins Leben gehen, ohne die Chance auf eine Berufsausbildung, die die Eintrittskarte für den Arbeitsmarkt darstellt.

Auch auf diesem Feld können Senioren viel bewirken, wenn sie einen Teil der geschenkten Lebensjahre in die Gesellschaft investieren und so auch für sich selber versorgen. Und das Schöne dabei ist: Wer etwas für andere tut, merkt schnell, dass es nicht nur ein Zeitvertreib ist, nicht nur eine Vorleistung, die man später zurückbekommt - und erst recht nicht nur ein Akt rationaler Selbstversicherung. Zu alledem hält es den eigenen Geist wach, bringt große Befriedigung und gibt dem Leben zusätzlichen Sinn.

(Seite 170 & 171)



Der Gefahr sinkender Renten könnte durch Ansprüche aus Zeitgutschriften für Sozialjahre begegnet werden (Modellrechnung).

Annahmen zur Modellrechnung

- Erwerbsleben: 40 Jahre
- Monatliches Entgelt steigt von 1000 auf 3200 Euro bis Renteneintritt
- Rentenbeitragssatz: 10 %
- Zinssatz: 3,5 %
- Rentenniveau liegt bei 50 % des letzten Entgelts
- Rente steigt um jährlich 1 %
- Rentenbezugsdauer liegt bei 25 Jahren
- Anspruch aus Sozialjahr liegt bei 1/3 der monatlichen Rente; Anspruch wird verzinst
- Sozialjahre werden über 15 Jahre geleistet, danach werden daraus erworbene Ansprüche über 10 Jahre bezogen
- Alle €-Werte betrachtet zum Zeitpunkt des Renteneintritts, also auf- bzw. abgezinst

Einige Auszüge aus dem Buch mit wichtigen Hintergrundinformationen:

8. BÜRGER UND PROFIS HAND IN HAND

...

(Seite 46)

...die Episode¹ gibt eine Ahnung davon, dass Profis und ehrenamtlich tätige Bürger es nicht immer leicht miteinander haben. Dabei werden sie in Zukunft noch öfter und auf mehr Gebieten zusammenarbeiten müssen. Vor allem die sozialen Dienste, die in den letzten Jahrzehnten immer stärker professionalisiert worden sind, stoßen an Grenzen.

Das gilt insbesondere für die Pflege. Im Jahre 2007 verzeichnete das Statistische Bundesamt etwa 2,25 Millionen Pflegebedürftige, und davon wurden rund 710.000 in Heimen versorgt. Die Pflegeversicherung zahlte 18,4 Milliarden Euro an Leistungen aus und erwirtschaftete ein Defizit von gut 350 Millionen Euro. Wie soll das werden, wenn der demografische Wandel sich voll auswirkt?

Noch streiten die Fachleute darüber, welches Szenario wahrscheinlicher sein wird. Die Status-quo-Prognose nimmt an, dass die Menschen auch künftig genauso häufig und genauso intensiv pflegebedürftig werden wie jetzt. Angesichts der steigenden Lebenserwartung kommt dieses Modell zu dem Ergebnis, dass im Jahre 2040 4,2 Millionen Menschen Leistungen der Pflegeversicherung beanspruchen könnten. Die Anhänger der »Kompressionsthese« rechnen mit 2,7 Millionen Pflegebedürftigen, weil sie davon ausgehen, dass die Menschen mit steigender Lebenserwartung auch länger gesund sein werden. Wieder andere Experten halten dagegen, gerade weil wir so viel älter würden, müssten wir mit einer längeren Phase der Krankheiten rechnen, sodass die altersspezifische Pflegehäufigkeit steige. Die Berechnungen auf dieser Grundlage ergeben 4,4 Millionen Menschen, die im Jahre 2040 gepflegt werden müssen.

Uns Laien kann es heute gleichgültig sein, welche der Annahmen sich als richtig erweisen wird. Denn die Richtung, in die sie alle weisen, ist völlig eindeutig: Der Pflegebedarf wird stark zunehmen. Und zugleich werden diejenigen weniger, die bisher die Hauptlast der häuslichen Pflege in den Familien tragen, nämlich die Frauen im Alter zwischen 50 und 70 Jahren. Die Bundesregierung weist in Ihrem Gesundheitsbericht darauf hin, dass diese entscheidende Gruppe bis zum Jahre 2030 um ein Viertel schrumpfen und zugleich die Erwerbstätigkeit dieser Frauen zunehmen wird, was zumindest mit intensiver Pflege kaum zu vereinbaren ist. Auch der Vorschlag von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, eine zweijährige Pfl egeteilzeit einzuführen, würde daran nicht viel ändern.

Der steigende Pflegebedarf erzwingt eine Epochenwende. Bis zum Beginn der Moderne, so stellt der Psychiater Klaus Dörner fest, ist es allein Sache der Bürger gewesen, wenn Hilfe über die Familie hinaus gebraucht wurde. Dann aber sind im Zuge der Industrialisierung deren Methoden auch auf sozialem Gebiet angewandt worden. Die Folge waren spezialisierte Großeinrichtungen, die pflegebedürftige Menschen irgendwo in die Vorstadt oder gar auf die grüne Wiese absoben oder Behinderte nach der Art ihres Handicaps getrennt unterbrachten. So wurde das Helfen immer mehr institutionalisiert und professionalisiert, während die klassischen Institutionen solidarischen Bürgerhandelns entwertet

¹ Gemeint ist der Konkurrentenstreit zwischen der professionellen Feuerwehr und den Hilfsdiensten DRK und ASB um die Einrichtung von Verbands- und Behandlungsplätzen bei den Spielen in Hamburg zur Weltmeisterschaft 2006.

wurden - nämlich Haushalt, Nachbarschaft, Kommune und Kirchengemeinde.

Jetzt werden genau diese Institutionen wieder gebraucht. Denn es ist einfach unmöglich, dass wir die Pflege weiterhin einerseits den Familien überlassen und andererseits professionellen Heimen, in denen dann und wann vielleicht mal ein ehrenamtlicher Vorleser für Unterhaltung sorgt. Das Dorf, das Wohnviertel, die Nachbarschaft - dieser Nahraum zwischen Familie und Gesellschaft wird wieder die entscheidende Sphäre für die menschliche Hilfe; denn die Familien, die derzeit noch 70 Prozent der Pflege in Deutschland leisten, sind dieser Aufgabe künftig allein immer weniger gewachsen. Ein Grund dafür ist, dass immer mehr Menschen allein leben. Die klassische Alternative zur Familienpflege, das Alten- und Pflegeheim, ist aber nicht nur zu teuer, sondern hat noch einen viel gravierenderen Nachteil: Immer mehr Menschen wollen dort auf keinen Fall hin. Für manche ist das Heim - sicher nicht immer zu Recht - der Inbegriff eines Lebens, in dem man aus der gewohnten Umgebung herausgerissen ist und in dem die Selbstbestimmung nicht mehr viel gilt.

(Seite 51)

.....

Alice Fröhlich und ihre Freiwilligenarbeit - dahinter verbergen sich mehr als zwei Jahrzehnte Engagement für Demenzkranke in Bremerhaven. In den 1980er-Jahren brachte die gebürtige Holländerin das Konzept eines professionell arbeitenden freiwilligen sozialen Dienstes in der stationären Pflege aus den Niederlanden mit in die neue Heimat. 1997 ging daraus der **Verein Solidar** hervor, der mit seinen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern im Haus im Park sowie einem Pflegeheim der AWO aktiv ist - mit zusätzlichen Aktivitäten und Angeboten, die die Aufgaben des hauptamtlichen Pflegepersonals ergänzen, nicht als Ersatz für sie.

Bei Solidar ist andererseits schon lange selbstverständlich, was sich andernorts erst langsam durchsetzt: die Erkenntnis, dass Freiwillige längst keine »Ehrenamtlichen« im klassischen Sinn mehr sind, die sich von »Hauptamtlichen« zu irgendwelchen »Diensten« einteilen lassen. Sondern Menschen, die bereit sind, eine Menge zu geben - aber unter der Voraussetzung, dass sie ihr Engagement selbst bestimmen, in inhaltlicher wie in zeitlicher Hinsicht. Die »Extraportion Menschlichkeit«, wie die Lokalzeitung den Beitrag der Mitglieder von Solidar bezeichnete, wird im Haus im Park dankbar angenommen, aber nicht vorausgesetzt: Jede Helferin kann selbst bestimmen, wann sie in die Einrichtung kommt, Absagen sind immer möglich. Auch wie die Betreuung aussieht, können die Freiwilligen selbst entscheiden, nachdem sie die Basisschulung zum Umgang mit Demenzkranken absolviert haben. Darüber hinaus bietet der Verein Fortbildungen und regelmäßige Treffen an, bei denen die Freiwilligen sich austauschen und all die Fragen klären können, die im täglichen Umgang mit den Demenzkranken auftauchen.

9. EINER FÜR ALLE, ALLE FÜR EINEN

.....

(Seite 55)

Am 9. April 1990 im »Mohren«-Saal des gleichnamigen Hotels in der Altstadt von Riedlingen nahm die Idee Form an: Rund 100 Bürger waren der Einladung zur Gründungsversammlung gefolgt und hoben die erste Seniorengenossenschaft Deutschlands aus der Taufe, wenn auch als eingetragener Verein. Heute hat er 650 Mitglieder und fehlt fast nie, wenn sich Wissenschaftler oder Medien mit der Frage beschäftigen, wie die Bürgergesellschaft künftig aussehen kann. Die Riedlinger Seniorengenossenschaft ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie kreativer Pragmatismus Probleme lösen kann.

Ihr Motto könnte lauten: Wir machen alles außer Pflege. Der Griff der Schublade hat sich gelöst? Es kommt einer vom handwerklichen Dienst. Das Blumenbeet ist voller Unkraut? Es kommt einer und bringt den Garten in Ordnung. Saubermachen, Wäsche waschen, einkaufen, Essen zubereiten - die einen Mitglieder der Seniorengenossenschaft brauchen

diese Dienste und die anderen leisten sie. Einer fährt den anderen mit dem Auto zur Krankengymnastik oder zur Geburtstagsfeier, weil es in Riedlingen keinen öffentlichen Nahverkehr gibt. Jede Stunde wird mit 8,20 Büro berechnet.

120 Senioren wird täglich eine warme Mahlzeit ins Haus gebracht, Preis 5,90 Euro, hergestellt in der Küche eines Altenheimes, ausgeliefert durch aktive Mitglieder. Wer sich für diese Aufgabe in den Dienstplan nehmen lässt, kommt ungefähr jede fünfte Woche zum Einsatz, sieben Tage lang jeweils zwei Stunden. Die Seniorengenossenschaft Riedlingen blüht und gedeiht, seit sie den Betrieb aufnahm. Und sie hatte seither niemals Mühe, genügend aktive Helfer zu finden. Im Gegenteil: Es sind so viele, dass jeder einzelne eher zu selten zum Einsatz kommt. Der Vorstand sorgt sich deshalb bisweilen um die Motivation der 114 Aktiven, die zu oft passiv bleiben müssen.

Der Schlüssel des Erfolges dürfte in dem System liegen, nach dem die Helfer honoriert werden. Abgesehen von Beratungs- und Besuchsdiensten gibt es pro Stunde 6,15 Büro zuzüglich 30 Cent Entschädigung pro Kilometer, den sie mit dem eigenen Auto fahren. Das Stundenhonorar können sich die aktiven Helfer auszahlen lassen oder ansparen. Dann führt es die Seniorengenossenschaft der Rücklage zu oder deckt damit ihren Kapitalbedarf bei neuen Projekten. Die Aktiven - oder ihre Erben - können sich das Guthaben jederzeit zum Nennwert auszahlen lassen, Zinsen gibt es nicht.

Man kann das Guthaben aber auch stehen lassen, bis man selbst Hilfe benötigt, und es sich dann in der Währung Zeit auszahlen lassen: Für jede Stunde, die man einst selbst aktiv abgeleistet hat, kann man nun selbst eine Stunde abrufen. Die Riedlinger Formel lautet: Eine Stunde ist immer eine Stunde wert, auch wenn die Sätze steigen. Und die Leistung wird den Mitgliedern garantiert. Notfalls würde die Organisation dafür hauptamtliches Personal einsetzen und aus ihren Erlösen bezahlen. Diese Sicherheit ist ein wesentlicher Unterschied gegenüber den reinen Freiwilligendiensten, die mit einem geringeren Maß an Verbindlichkeit operieren müssen.

Wahrscheinlich wäre die Seniorengenossenschaft Riedlingen eine »echte« Genossenschaft, wenn die Gründung nicht vor dem Jahr 2006 gelegen hätte. Damals ist das deutsche Genossenschaftsrecht gründlich reformiert worden. So dürfen seither Genossenschaften nicht mehr nur die wirtschaftlichen, sondern auch die kulturellen und vor allem sozialen Belange ihrer Mitglieder durch gemeinsamen Geschäftsbetrieb fördern. Zugleich sind für kleine Genossenschaften die Regularien vereinfacht worden: Zur Gründung reichen bereits zwei statt bisher sieben Mitglieder, die Satzung darf schlanker gehalten, die Geschäftsprüfung weniger aufwendig angelegt werden als vorher. Genossenschaftsanteile können per Sacheinlage geleistet werden und erstmals sind »investierende Mitglieder« möglich.

Diese Reform hat die älteste und bewährteste Form der Solidarwirtschaft so modernisiert, dass sie eine große Zukunft haben kann. Bei einer Genossenschaft misst sich der Erfolg nicht an der Kapitalrendite, sondern an den Leistungen für die Mitglieder; und genau darum geht es bei den vielen Aufgaben, die in der zukünftigen Gesellschaft von den Menschen selbst zu organisieren sind, von der Kinder- oder Altenbetreuung im Quartier über Nachbarschaftshilfen aller Art bis zu Projekten des Wohnens oder der Nahversorgung. Immer bleibt die Wertschöpfung im Kreis der Mitglieder.

12. DIE GUTE SEITE DER SCHWARZARBEIT

(Seite 83 - 85)

....

Die vorsitzende Richterin am Landgericht Darmstadt, Dietlinde Kling, bewies Klarsicht und Mut, indem sie Bewährungsstrafen am unteren Ende des Strafrahmens verhängte² und das milde Urteil auch noch öffentlich rechtfertigte. Es habe sich um ein System ge-

² Ein polnisches Ehepaar war wegen ausbeuterischen Menschenhandels angeklagt worden, weil es in 191 Fällen Polinnen als Pflegerinnen für monatlich 800 bis 830 Euro und je 80 Euro Provision vermittelt hatte.

handelt, von dem nicht der Staat, wohl aber alle unmittelbar Beteiligten profitiert hätten, sagte die Richterin der *Frankfurter Rundschau*: »Die Polinnen kamen freiwillig her, haben gut verdient. Die Angeklagten haben profitiert und den Angehörigen und Pflegebedürftigen war wirklich geholfen. Die Alternative wäre eine teure und oft fragwürdige Heimunterbringung oder die Betreuung durch einen normalen Pflegedienst, der unter Zeitdruck arbeitet und nach eineinhalb Stunden wieder weg ist. Der Hilfsbedürftige ist dann wieder alleine. Angemessene Pflege ist in Deutschland legal offen-kundig nicht bezahlbar.«

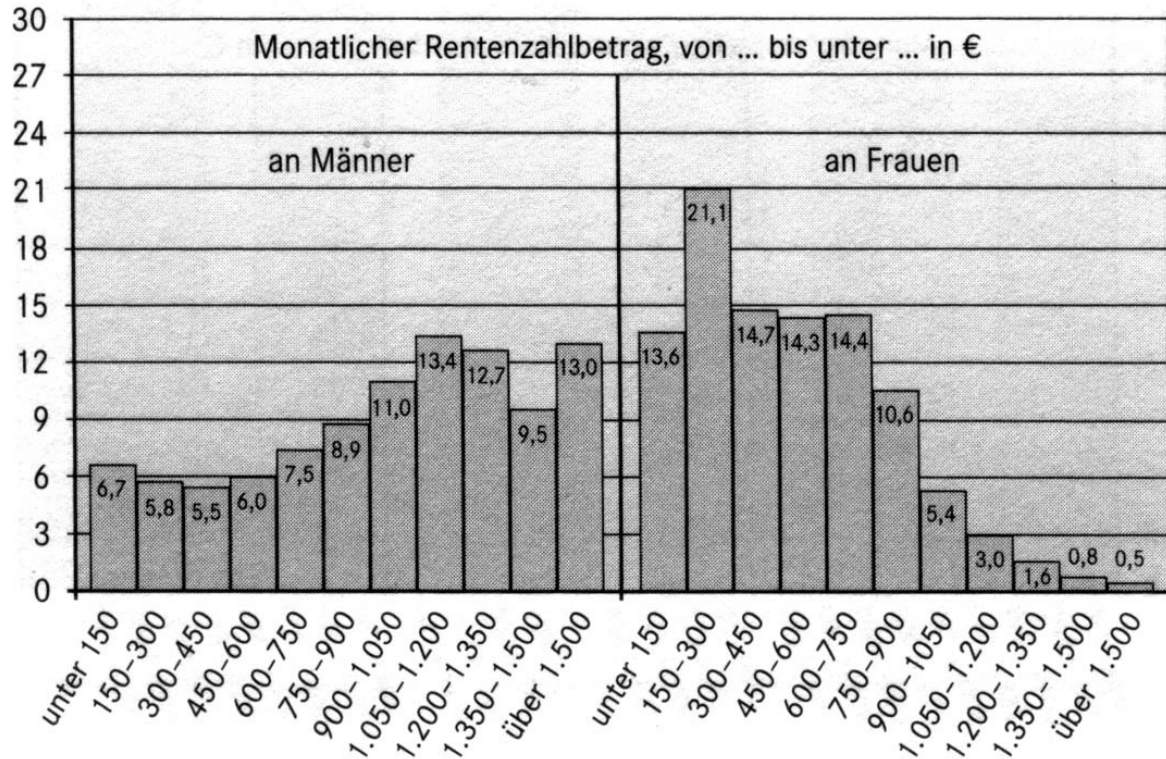
Seit viele osteuropäische Staaten im Jahre 2004 Mitglied der Europäischen Union wurden, kann man sich zwar über die Arbeitsagentur völlig legal Hilfen, etwa aus Polen oder Lettland, in den eigenen Haushalt vermitteln lassen. Wer diesen Weg einmal gegangen ist - als ganz normaler Mensch, ohne Fachwirt für Sozialversicherungsrecht oder Steuerberater zu sein -, der muss viel Glück haben, um im Formularickicht zwischen Arbeitsagentur, Krankenkasse, Finanzamt und Berufsgenossenschaft keine gravierenden Fehler zu machen. Voraussetzung ist aber auf jeden Fall, dass in dem Haushalt ein Mensch lebt, der eine »Pfleigestufe« hat, sonst wird die Arbeitserlaubnis gar nicht erteilt. Die Polin darf dann Wäsche waschen, Essen kochen oder die Stube putzen; aber bei der Morgentoilette helfen, den Stützstrumpf anlegen, einen Verband wechseln oder ein Medikament verabreichen, das darf die legale Polin nicht: Für osteuropäische Pflegeleistungen ist der deutsche Arbeitsmarkt mindestens bis ins Jahr 2011 gesperrt.

Da muss der Staat dringend Abhilfe schaffen. Er darf nicht länger die Augen davor verschließen, dass in einem Bereich, der für viele Menschen existenziell ist, nämlich die Pflege Angehöriger daheim, legale Lösungen oftmals unmöglich sind. Da sind praktische Regelungen gefragt, die der Lebenswirklichkeit genügen. In Frankreich beispielsweise versucht man, Langzeitarbeitslose entsprechend umzuschulen und zu qualifizieren. Sie sollen für die Pflege und Betreuung in Privathaushalten eingesetzt werden, und zwar zu Kosten, die über öffentliche Lohnzuschüsse so gemindert sind, dass es für normale Familien tragbar wird. Die illegale Beschäftigung in den französischen Haushalten ist seither rückläufig. In einem EU-Projekt untersucht die Frankfurter Goethe-Universität seit Frühjahr 2010, ob das französische Beispiel auf Deutschland und andere EU-Staaten übertragen werden kann. Jedenfalls muss die Frage dringend beantwortet werden, ob und welche arbeitsmarktpolitischen Strategien es ermöglichen, dass ältere Menschen zu Hause betreut und gepflegt werden, ohne dass die Angehörigen sich finanziell ruinieren. Die Zahl älterer Menschen wächst, und mit ihr der Bedarf an häuslicher Unterstützung.

Ob Betreuung, Pflege, Hilfe im Haushalt oder handwerklicher Beistand in den eigenen vier Wänden älterer, hilfsbedürftiger Menschen - das alles ist kein Fall für die Ordnungsbehörden oder gar den Staatsanwalt. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme hängen nun wirklich nicht davon ab, ob in den Wohnungen, Gärten und Pflegezimmern älterer und hochbetagter Menschen ein paar Steuern und Beiträge verloren gehen. Insgesamt sollte sich der Staat bei der Bekämpfung der Schwarzarbeit auf die wirklichen Problemfelder konzentrieren.

Sie ist Teil der Schattenwirtschaft, und es liegt in ihrer Natur, dass sie statistisch nicht erfasst werden kann. Deswegen verwenden Wissenschaftler unterschiedliche Schätzmethoden, um ihr Ausmaß zu ermitteln. Sie kommen für Deutschland überwiegend auf einen Wert von etwa 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Aber dahinter verbergen sich höchst unterschiedliche Erscheinungsformen. Wo es um die systematische Hinterziehung von Steuern und Sozialbeiträgen in großem Stil, um Ausbeutung, Sklaverei und Menschenhandel geht, da müssen die Gesetze unmissverständlich und die Verfolgung kompromisslos sein. Aber sie sollten großzügig und gelassen sein, wo etwa der eine Rentner sich bezahlte Hilfe vom anderen holt, weil bei dem einen die Kraft und bei dem anderen das Geld knapp ist, wo Familien sich Hilfe aus dem Ausland holen, weil ihr Angehöriger sonst ins Heim muss.

Schichtung der monatlichen Rentenzahlbeträge am 31.12.2009
 Versichertenrenten in den alten Bundesländern, Anteile in Prozent



Anmerkung: Über 4 Millionen Rentner beziehen mehr als eine Rente,
 z.B. als Witwe oder Witwer

Quelle: Deutsche Rentenversicherung, eigene Bearbeitung

ZAHLEN, FAKTEN, ADRESSEN

Internetportale

Hier werden Hintergrundinformationen und konkrete Möglichkeiten zum freiwilligen Engagement geboten:

www.bagfa.de

Die Website der **Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen** listet 300 kommunale und regionale Freiwilligeneinrichtungen (Ehrenamtsbörsen und -büros, Freiwilligenagenturen und -Zentren) sowie Landesarbeitsgemeinschaften der Freiwilligenagenturen auf.

www.buerger-fuer-buerger.de

Das Internetportal der gleichnamigen Stiftung enthält eine Zusammenstellung regionaler Freiwilligenagenturen nach Postleitzahlen und informiert über ehrenamtliche Tätigkeitsfelder sowie Jugendfreiwilligendienste.

www.ehrenamtsportal.de

Das Portal des **Fördervereins Patenschaften-aktiv e.V.** verschafft einen beeindruckenden Überblick darüber, was Freiwillige wo in ihrem Umkreis alles ehrenamtlich tun können.

www.patenschaften-aktiv.de

Nach Postleitzahlen geordnete Datenbank des **Fördervereins Patenschaften-aktiv e.V.** mit mehreren Hundert Familien-, Kinder-, Lern-, job- oder Ausbildungs- sowie Karrierepatenschaftsprogrammen und Besuchsdiensten.

www.generationendialog.de

Auf der Internetplattform der **Servicestelle Generationendialog** diskutieren und präsentieren sich rund 10.000 generationenübergreifende Projekte.

www.freiwilligendienste.de

Eine Suchmaske ermöglicht die gezielte Suche nach Einsatzplätzen im freiwilligen sozialen Jahr, freiwilligen ökologischen Jahr und den internationalen Freiwilligendiensten.

www.buergergesellschaft.de

Der **Wegweiser Bürgergesellschaft**, ein Projekt der Stiftung Mitarbeit, bietet umfangreiche Informationen und weiterführende Adressen zu bürgerschaftlichem Engagement und Bürgerbeteiligung.

www.b-b-e.de

Website des **Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement** mit vielen Veranstaltungshinweisen und einem umfassenden Downloadbereich.

Stiftungen

www.buergerstiftungen.de

Informationssystem der Berteismann Stiftung mit Datenbank aller Bürgerstiftungen, kommunalen und kirchlichen Gemeinschaftsstiftungen sowie Gemeinschaftsstiftungen von Kreditinstituten in Deutschland.

www.die-deutschen-buergerstiftungen.de

Internetportal der Initiative Bürgerstiftungen mit Projektepoo und Beratung für Bürgerstiftungen und Gründungsinitiativen.

www.buergermut.de

Die gleichnamige Stiftung versteht sich als Informationsdienstleister für modernes Bürgerengagement. Sie recherchiert bundesweit Beispiele, in denen Menschen mit klugen Ideen Herausforderungen gemeistert haben, macht das Erfahrungswissen für andere verfügbar und hilft bei der Übertragung erfolgreicher Bürgerideen.

www.mitarbeit.de

Die Stiftung fördert freiwilliges Engagement außerhalb von Parteien und großen Verbänden durch Beratung und Information, Fachtagungen und Seminare, Publikationen und Arbeitshilfen sowie kleine finanzielle Starthilfezusüsse. Außerdem führt sie Modellprojekte zur Bürgerbeteiligung durch.